A-01-058

Zukunft ist, was wir draus machen

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

42. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
25. November 2017, Berlin

Antragsteller*in: Susanne Menge (Oldenburg-Stadt KV)

Änderungsantrag zu A-01

Von Zeile 58 bis 73:

~~Es braucht Mut zu Veränderungen, um unser Land, ein solidarisches Europa und eine gerechte Welt voranzubringen. Es kann wahrlich keine Rede davon sein, dass es zwischen den Parteien keine Unterschiede mehr gibt. Das haben diese harten Verhandlungen sehr deutlich gemacht. Herausforderungen löst nicht, wer bloß über Erfolge von gestern redet und sich darauf ausruht. Wir wollen Fortschritt erkämpfen. Mit vielen Verbündeten. Auch für diejenigen, die noch nicht an ihm teilhaben. Deshalb übernehmen wir Verantwortung für das Klima und die Umwelt. Für gelingende Integration sowie Humanität und Ordnung in der Flüchtlingspolitik. Für den Zusammenhalt in einem Land, in dem sich jede und jeder verwirklichen kann. Für ein starkes Europa und eine gerechte Welt. Wir waren in den Sondierungen bereit, Kompromisse einzugehen, um diese schwierige Zusammenarbeit der Parteien möglich zu machen. Dabei war immer klar, dass wir nicht 100% Grün werden durchsetzen können. Aber das heißt im Umkehrschluss nicht, dass wir nicht mehr für unsere Überzeugungen eintreten. Das Gegenteil ist der Fall: Wir waren bereit, Kompromisse zu machen, weil diese Schritte in die richtige Richtung gewesen wären. Sollte es erneute Sondierungsgespräche geben, würden wir diese erneut auf der Grundlage unserer im Wahlprogramm beschlossenen Kernvorhaben und Ziele führen.~~

Deutschland hat eine internationale Verantwortung und als eines der reichsten Länder die Pflicht, in dieser Rolle der sozialen und ökologischen Verantwortung gerecht zu werden und sich national und international so zu definieren. Neuwahlen sind aus unserer Sicht die schlechteste Alternative, weil sie eine Demokratie schwächt, indem Wahlen zum Willkürakt verkommen. Auch verhindern sie die großartige Chance, die Abgeordneten des Deutschen Bundestages aus demokratischen Parteien aufzufordern, stärker als bisher an der inhaltlichen Ausgestaltung von Gesetzen mitzuwirken. Die Opposition aus Sozialdemokraten, Linken und der FDP müssen sich konstruktiv in Entscheidungsprozesse einbringen. Die Arbeit der Legislative und Exekutive ändert sich somit entscheidend: Statt Sieg und Niederlage nach Abstimmung entscheidet nun ein konsensorientierter Abstimmungsprozess darüber, welche Gesetze eingebracht und umgesetzt werden. Um rechtzeitig Mehrheiten zu sichern ist das Instrument so genannter „Tolerierungsverträge“ mit den Oppositionsparteien SPD, Linken und FDP anzuwenden. Wir sind bereit, eine Regierung zu bilden die es sich erlaubt, die Klimaziele nicht preiszugeben und die mutig genug ist, den Rahmen für soziale Gerechtigkeit, die Energie- und Verkehrswende zu setzen. Wir sind bereit, in einer Minderheitenregierung die Verantwortung hierfür zu übernehmen. Wir stellen uns der Herausforderung, mehr Demokratie zu wagen und werden für Gesetzesvorhaben mit allen demokratischen Bundestagsfraktionen zusammenarbeiten. Sollte es erneute Sondierungsgespräche geben, würden wir diese erneut auf der Grundlage unserer im Wahlprogramm beschlossenen Kernvorhaben und Ziele führen.

Begründung

Im abschließenden Teil wiederholen sich Aussagen aus dem Vorherigen. Auch fehlt mir die Konkretisierung darauf, wohin wir dieses Land führen und was Grüne in der jetzigen Situation ganz konkret realisieren wollen. Deshalb meine Änderungsvorschläge zur Haltung zu einer Minderheitenregierung.

weitere Antragsteller*innen

Matthias Dittmer (Berlin-Kreisfrei KV); Kai Wehnemann (Oldenburg-Stadt KV); Thilo Jessai Arakelian (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Jacob Zellmer (Berlin-Treptow/Köpenick KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Peter Romero (Berlin-Pankow KV); Rica Braune (Weimar-Stadt KV); Sebastian Götte (Weimar-Stadt KV); Bärbel Fiedler (Weimar-Stadt KV); Krystyna Grendus (Odenwald-Kraichgau KV); Barbara Romanowski (Oberberg KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Nicolas Nieschke (Nordhausen KV); Sabine Jutta Müller (Köln KV); Aljoscha Labeille (Würzburg-Stadt KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Axel Borchmann (Berlin-Pankow KV); Rolf Beu (Bonn KV)